

## **Jahreswirtschaftsbericht 2009: Konjunkturgerechte Wachstumspolitik**

### **Projektion für 2009: Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 2 ¼ Prozent**

Die deutsche Wirtschaft steht in diesem Jahr vor der größten Herausforderung seit der Wiedervereinigung. Die kurzfristigen Wachstumsperspektiven haben sich drastisch verschlechtert. Wie kaum ein anderes Industrieland ist Deutschland in die internationale Wirtschaft integriert. Negative Rückwirkungen der weltweiten Rezession und der internationalen Finanzmarktkrise treffen Deutschland deshalb in besonderem Maß. Der private Konsum kann die Entwicklung zwar stabilisieren, den dämpfenden Einfluss der Weltwirtschaft aber nicht völlig kompensieren. Für das Gesamtjahr erwartet die Bundesregierung unter Berücksichtigung der von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen zur Stabilisierung und Wachstumsstärkung einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von preisbereinigt 2 ¼ Prozent

### **Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland <sup>1)</sup>**

	2007	2008	Jahres- projektion 2009
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
<b>Bruttoinlandsprodukt</b> (preisbereinigt)	2,5	1,3	-2 1/4
Erwerbstätige (im Inland)	1,7	1,5	-0,7
<i>Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) <sup>2)</sup></i>	9,0	7,8	8,4
<b>VERWENDUNG des BIP preisbereinigt</b>			
Private Haushalte u. private Organisationen o. E.	-0,4	0,0	0,8
Ausrüstungen	6,9	5,3	-11,9
Bauten	1,8	2,8	-0,3
Inlandsnachfrage	1,1	1,6	-0,1
Exporte	7,5	3,9	-8,9
Importe	5,0	5,1	-5,0
<i>Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag) <sup>3)</sup></i>	1,4	-0,3	-2,2
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (nominal)	1,6	2,3	2,0

1) Bis 2008 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes; Stand: 14. Januar 2009.

2) Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

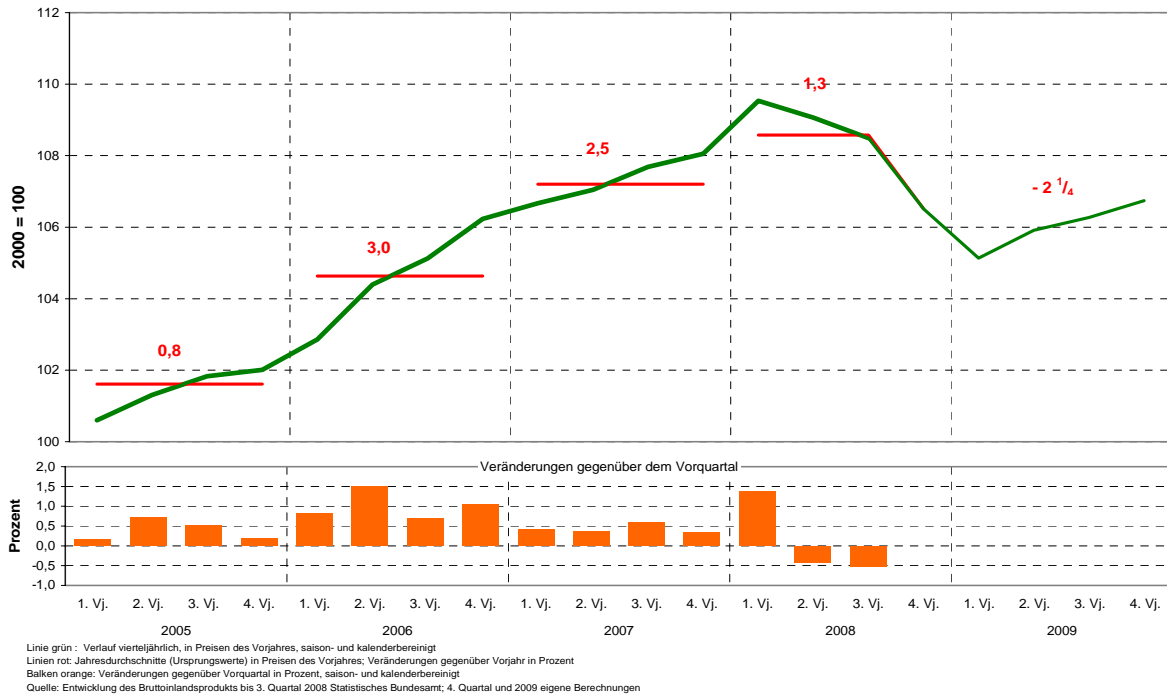
3) Beitrag zur Zuwachsrate des BIP.

### **Dank Reformen gut gerüstet für die Krise**

Bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderungen profitiert die deutsche Wirtschaft von einer erheblich besseren Verfassung als am Ende des vorangegangenen Konjunkturzyklus. Die Reformstrategie der Bundesregierung hat Früchte getragen und die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft erhöht. Es spricht vieles dafür, dass der Arbeitsmarkt aufgrund einer verbesserten Anpassungsfähigkeit der Beschäftigung nicht nur eine größere Stabilität aufweist, sondern sich auch merklich schneller von negativen konjunkturellen Einflüssen erholen kann.

Die Finanzpolitik hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte bei der Konsolidierung gemacht. Im Jahr 2004 hatte das staatliche Defizit noch bei 3,8 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt gelegen. Im Jahr 2008 war der Staatshaushalt nahezu ausgeglichen. Die fiskalische Disziplin der vergangenen drei Jahre macht es in der aktuellen Situation möglich, die Haushalte im Sinne einer konjunkturgerechten Finanzpolitik atmen zu lassen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik ist in der Lage, dem Vertrauensverlust auf den Finanzmärkten und dem konjunkturellen Abschwung wirkungsvoll entgegenzutreten.

## Jahresprojektion 2009 – Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland (preisbereinigt)



### Strategie der Bundesregierung: Konjunkturgerechte Wachstumspolitik

Bei der Bewältigung der Krise folgt die Bundesregierung dem Konzept einer konjunkturgerechten Wachstumspolitik, also einer Politik, die das wachstumspolitisch Richtige mit dem konjunkturpolitisch Erforderlichen kombiniert.

Um die Einlagen der Bürger und die Kreditversorgung der Unternehmen zu sichern sowie das Vertrauen in die Stabilität des Finanzsystems wiederherzustellen, hat die Bundesregierung im Herbst des vergangenen Jahres ein umfassendes Rettungsprogramm für das deutsche Finanzsystem beschlossen, das eng in das internationale Vorgehen eingebettet ist. Um in der Folge einem Übergreifen der Finanzmarktkrise und der internationalen Konjunkturabschwächung auf die gesamte Wirtschaft entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung schnell und entschlossen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Bereits mit dem „Maßnahmenpaket zur Senkung der steuerlichen Belastung, Stabilisierung der Sozialversicherungsabgaben und für Investitionen in Familien“ und dem 15-Punkte-Programm „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ hat die Bundesregierung Bürger und Unternehmen in den Jahren 2009 und 2010 um rund 30 Milliarden Euro entlastet.

### Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland

Mit dem „Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ hat die Bundesregierung jetzt auf die unerwartet rasche und kräftige Eintrübung der wirtschaftlichen Aussichten reagiert und in fünf zentralen Bereichen Maßnahmen ergriffen: Öffentliche Investitionen, Kreditversorgung der Wirtschaft, Beschäftigung und Qualifizierung, Entlastung von Abgaben und Steuern sowie nachhaltige Finanzpolitik. Der Pakt hat einen Gesamtumfang von 50 Milliarden Euro für 2009 und 2010. Zusammen mit den schon im Jahr 2008 beschlossenen Maßnahmen setzt die Politik damit insgesamt

über 80 Milliarden Euro gezielt für die Überwindung der Krise und die umfassende Modernisierung des Landes ein. Das ist ein auch im internationalen Vergleich massiver Wachstumsimpuls.

### **Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft weiterentwickeln**

Das kurzfristige Krisenmanagement ist wichtig. Dabei verliert die Bundesregierung jedoch die mittel- und langfristigen Herausforderungen nicht aus dem Blick: die Bewältigung des demografischen Wandels, steigende Umweltrisiken und die Entwicklung der globalen Märkte. Die Bundesregierung ist der Überzeugung, dass die Soziale Marktwirtschaft nach wie vor die beste Wirtschaftsordnung ist, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Soziale Marktwirtschaft heißt, den politisch notwendigen Ausgleich von wirtschaftlicher Effizienz auf der einen und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt mit dem Ziel „Wohlstand für alle“ auf der anderen Seite stets zu verfolgen. Dort, wo die Bundesregierung mit den Strukturreformen der vergangenen Jahre den Leitideen der Freiheit und des Wettbewerbs wieder mehr Raum gegeben hat, konnten sich neue Erfolge einstellen. Dazu zählt etwa der Rückgang der Arbeitslosigkeit gegenüber 2005 um über 2 Mio.

Das Ziel eines ausgeglichenen Staats- und Bundeshaushaltes bleibt unverändert gültig. Die Bundesregierung wird deshalb gleichzeitig mit dem zweiten Maßnahmenpaket im Rahmen der Föderalismuskommission II eine Neuregelung zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme im Grundgesetz verankern. Eine solche neue Schuldenregel soll die in einer konjunkturellen Normallage zulässige Nettokreditaufnahme eng begrenzen. Die öffentlichen Haushalte sollen aber konjunkturell atmen können.

Die im Zuge der Finanzmarktkrise aufgedeckten Schwachstellen des internationalen Finanzsystems erfordern eine neue globale Finanzmarktarchitektur, um der Gefahr systemischer Krisen auf den Finanzmärkten in Zukunft so weit wie möglich vorzubeugen. Die Bundesregierung arbeitet deshalb mit ihren Partnern daran, das internationale Regelsystem für die Finanzmarktakteure mittel- und langfristig neu zu justieren.

### **Energieeffizienz und Innovation stärken**

Eine kostengünstige und nachhaltige Energieversorgung ist ein wesentliches Anliegen der Bundesregierung. Mehr Wettbewerb im Strom- und Gasbereich spielt dabei eine zentrale Rolle. Außerdem sollen Treibhausgasemissionen in Deutschland weiter gemindert werden. Diese Ziele können am besten durch eine auf Energieeffizienz fußende Energie- und Klimapolitik erreicht werden, die den Verbrauch und die Energiekosten senkt. Mit dem Integrierten Energie- und Klimaprogramm hat die Bundesregierung dafür die Basis geschaffen.

Die deutsche Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung ausgebaut. Forschung und Entwicklung müssen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Priorität behalten. Die Bundesregierung wird unterstützend ihre Hightech-Strategie konsequent weiter umsetzen sowie den eingeschlagenen Kurs zur Stärkung von FuE-Investitionen fortführen.